



**An die
Mitglieder
des Ausschusses für Finanzen und Interne
Services**

Fachbereich Finanzen

Kämmerei, Stadtkasse und Stiftungen

Reitende-Diener-Straße 12-17

Auskunft erteilt

Herr Driver

Telefon

309 – 4637

Telefax

309 – 3959

Email

John.driver@stadt.lueneburg.de

Mein Zeichen

10 24 42

Datum

22.10.2024

PROTOKOLL

Anliegend erhalten Sie das Protokoll zur nachstehenden Sitzung:

▼ Gremium

Ausschuss für Finanzen und Interne Services

▼ Sitzung vom:

24.09.2024

▼ Sitzungsort

Huldigungssaal, Rathaus

▼ Tatsächliche Sitzungsdauer

17:00 - 19:20 Uhr

Den Öffentlichkeitsstatus der Sitzung entnehmen Sie bitte der beigefügten Tagesordnung.

Vorsitzender

Dezernent

Protokollführung

Schwake

Rink

Driver



ANWESENHEITSLISTE

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Alexander Schwake

Mitglieder des Gremiums

Herr Uwe Nehring

Frau Dr. Corinna Maria Dartenne

Frau Marianne Esders

Frau Jule Grunau Bürgermeisterin

Herr Kai Herzog

Frau Hiltrud Lotze Bürgermeisterin

Vertretung für: Herrn Jörg Kohlstedt

Herr Sören Pinnekamp

Grundmandat

Herr Robin Gaberle

Herr Frank Soldan

Vertretung für: Herrn Eike Freitag

Gäste

Herr Graef , BDO

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Karin Fischer Gleichstellungsbeauftragte

Verwaltung

Frau Claudia Kalisch

Herr Matthias Rink Stadtkämmerer

Herr Florian Forster Stadtrat

Herr Markus Moßmann Erster Stadtrat

Frau Jutta Bauer FBL 5b

Frau Maja Lucht FBL 8

Herr Jens Mildner Fachbereichsleiter 1

Herr Sebastian Prigge FBL 2

Frau Irene Skrobanek , BL 53

Herr Thorsten Treybig Koordinierungsstelle
Stadtteilmanagement und Demographiebeauftragter

Frau Franziska Knoop B 20
Herr Sebastian Balmaceda
Herr Florian Beye 01 P
Herr Viktor Birt
Herr Holger Schnaase

Protokollführung

Herr John Driver B 20
Abwesende Mitglieder

Mitglieder des Gremiums

Herr Jörg Kohlstedt	fehlt entschuldigt
---------------------	--------------------

Grundmandat

Herr Eike Freitag	fehlt entschuldigt
-------------------	--------------------

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

- 1** **Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2** **Feststellung der Tagesordnung**
- 3** **Genehmigung des Protokolls vom 14.08.2024**
- 4** **Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil**
- 5** **Einwohnendenfragen**
- 6** **Haushaltssatzung und Festsetzung des Investitionsprogramms sowie des Stellenplans der Hansestadt Lüneburg für die Haushaltsjahre 2025 und 2026
Vorlage: VO/11459/24**
- 7** **Änderungen im Leistungsverzeichnis zur Festlegung der Betriebskosten im Rahmen der Verträge mit den einzelnen Trägern zur Fehlbetragsfinanzierung von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft im Stadtgebiet der Hansestadt Lüneburg
Vorlage: VO/11381/24**
- 8** **Antrag "Straßenausbaubeitragssatzung ersatzlos streichen" (Antrag der FDP-Fraktion vom 30.07.2024, eingegangen am 30.07.2024)
Vorlage: VO/11396/24**
- 9** **Anfragen im öffentlichen Teil**

PROTOKOLL:

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Beratungsinhalt:

Ausschussvorsitzender Schwake begrüßt das Plenum und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Beratungsinhalt:

Die Tagesordnung wird gemäß der Einladung zur Sitzung festgestellt.

zu 3 Genehmigung des Protokolls vom 14.08.2024

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 14.08.2024 wird bei zwei Enthaltungen einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:6
Nein-Stimmen:0
Enthaltungen:2

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Stadtrat Rink kündigt an, dass aufgrund der angespannten Liquiditätssituation mit der baldigen Einbringung eines Nachtragshaushaltes zum Haushaltsjahr 2024 zu rechnen sei.

zu 5 Einwohnendenfragen

Beratungsinhalt:

Einwohnendenfragen liegen nicht vor.

zu 6 Haushaltssatzung und Festsetzung des Investitionsprogramms sowie des Stellenplans der Hansestadt Lüneburg für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 Vorlage: VO/11459/24

Beratungsinhalt:

Oberbürgermeisterin Kalisch führt in den Tagesordnungspunkt ein. Der vorliegende Haushaltsentwurf sei erstmalig komplett unter der Leitung von Herrn Stadtrat Rink entstanden und stelle einen Paradig-

menwechsel dar. Sinnbildlich gesprochen habe man aus den angemeldeten Haushaltsansätzen die Luft rausgelassen. Dennoch und trotz gemachter Hausaufgaben seien die Zahlen erschreckend. Der Hansestadt gehe es hierbei nicht anders als anderen Kommunen, die mit nicht durchfinanzierten Aufgaben umzugehen hätten. Dennoch entbinde dies nicht von den notwendigen Konsolidierungsbemühen. Zugleich brauche es Invest in die Infrastruktur der Hansestadt, insbesondere die Schulen seien dringend gezielt zu betrachten und gut geplant für die Zukunft fit zu machen. Hierfür werde Sie in der ersten Jahreshälfte 2025 weitere notwendigen Analysen vorantreiben und darauf basierend dem Rat eine strukturierte Planung vorschlagen.

Stadtrat Rink ergänzt, er sehe es nicht als seine Aufgabe an, mit dem Rotstift durch die Stadt zu laufen, sondern setze vielmehr auf langfristige Konsolidierung der Stadtfinanzen. Bevor er anhand einer Präsentation (Anlage) den Haushaltsentwurf 2025/2026 erläutere, erneuert er sein Angebot, jederzeit – auch am Wochenende – in die Fraktionen zu kommen, um nach gemeinsamen Wegen zu suchen.

Gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung hätten sich neue Ausgangslagen für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 ergeben, die für die aktuellen Planungen erheblichen Konsolidierungsbedarf zur Folge gehabt hätten.

So würden die Budgets in Ergebnis- und Investitionshaushalt gedeckelt, wobei zusätzliche Belastungen des Haushaltes z.B. durch Tarifierhöhungen, zensusbedingt geringere Schlüsselzuweisungen und höhere Kreisumlagen sowie steigende Zinsaufwendungen zu verkraften seien.

Für den künftigen Haushalt gebe es dennoch große finanzielle Herausforderungen und Unwägbarkeiten. So sei nach wie vor die Konnexität bei vielen Aufgaben der Verwaltung (z.B. KITAS und Schulen sowie Rechtskreiswechsel bei der Unterbringung Geflüchteter) nicht oder nicht ausreichend gewährleistet und es gebe einen Sanierungsstau bei der städtischen Infrastruktur. Daher seien für das Haushaltssicherungskonzept in Absprache mit der Kommunalaufsicht haushaltswirtschaftliche Sperren i.H.v. 6,5 Mio € für 2025 und i.H.v. 9,2 Mio € für 2026 festgelegt worden.

Nächster Schritt müsse sein, die Standards bei der Erbringung städtischer Dienstleistungen zu hinterfragen.

Die Entwicklung des ordentlichen Ergebnisses beim laufenden Haushalt sei insbesondere durch massive Steigerungen bei den Transfer- und Zinsaufwendungen gekennzeichnet, wobei der Entwicklung der Zinsaufwendungen besondere Bedeutung zukomme, weil die Tilgung laufender Kredite nicht mehr selber erwirtschaftet werden könne.

Herr Rink geht im Folgenden auf die (positive) Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen ein, von denen allerdings rechnerisch durch gegenläufige Effekte bei Schlüsselzuweisungen lediglich 20 % in der Stadtkasse verbleiben würden. Auch die kontinuierliche Steigerung der Kreisumlage habe deutliche Auswirkungen auf die Haushaltssituation der Hansestadt Lüneburg, insbesondere mit Blick auf das Haushaltsjahr 2026. Der zugrundeliegende Vertrag müsse mit dem LK weiterhin diskutiert werden.

Bei den erheblich steigenden Ansätzen für Personalaufwendungen seien insbesondere die inflationsbedingt hohen Tarifabschlüsse, eine verursachungsgerechtere Veranschlagung von Versorgungsaufwendungen sowie 29 neue Stellen für zu erfüllende Pflichtaufgaben (hiervon 19 aufgrund von Ratsbeschlüssen) berücksichtigt.

Die angemeldeten Investitionen würden mit jeweils über 50 Mio € weit über dem verwaltungstechnisch und finanziell Machbaren liegen. Wenn es gelänge, jährlich zwischen 30 und 35 Mio € zu investieren, seien dies schon sehr gute Werte. Finanziell sei die Verwaltung bei der Akquise von Fördermitteln zwar sehr aktiv und erfolgreich, aber die Finanzierung der Investitionen werde zunehmend schwierig, weil die Einnahmen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit nicht mehr zur Tilgung der Kredite ausreichen würden.

In der anschließenden Diskussion beantwortet Herr Rink die Frage von Ratsherrn Soldan nach den Auswirkungen eines Doppelhaushaltes auf Verpflichtungsermächtigungen dahingehend, dass die Kommunalaufsicht ohnehin nur einzelne Haushaltsjahre betrachte.

Ratsfrau Dr. Dartenne möchte wissen, wie zuverlässig die in der Mittelfristigen Finanzplanung für 2029 ausgewiesenen Prognosen seien oder ob hier eher ein Blick in die Glaskugel vorliege. Herr Rink bestätigt, dass die ausgewiesenen Prognosen ohne die Ergreifung weiterer Maßnahmen so eintreten würden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und Interne Services empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg beschließt die Haushaltssatzung 2025_2026 und das Investitionsprogramm für die Jahre 2025 und 2026 zum Stand der aktuellen Veränderungsliste sowie den Stellenplan für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 jeweils unter Berücksichtigung der beschlossenen politischen Änderungsanträge.

Der Rat beschließt ebenso das vorliegende Haushaltssicherungskonzept.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:7
Nein-Stimmen:0
Enthaltungen:1

zu 7 Änderungen im Leistungsverzeichnis zur Festlegung der Betriebskosten im Rahmen der Verträge mit den einzelnen Trägern zur Fehlbetragsfinanzierung von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft im Stadtgebiet der Hansestadt Lüneburg Vorlage: VO/11381/24

Beratungsinhalt:

Stadtrat Forster führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Der einheitliche Vertrag zur Fehlbetragsfinanzierung mit den Freien Trägern von Kindertagesstätten im Zuständigkeitsbereich der Hansestadt Lüneburg sei auf Betreiben der Freien Träger und aus Gründen der Gleichbehandlung neu verhandelt worden. Aufgrund der zu erwartenden signifikanten Haushaltsbelastungen werde heute der Ausschuss für Finanzen und Interne Services beteiligt.

Fachbereichsleiterin Bauer ergänzt, man sei bei den ab dem 01.01.2023 geltenden Verträgen von falschen Berechnungsgrundlagen ausgegangen. Hierdurch seien die Freien Träger schlechter als die stadt eigenen Kitas gestellt worden. Neuverhandlungen hätten zum Ziel gehabt, diesen Mangel, der auch in der unterschiedlichen Berechnung der sog. Vertretungsreserve begründet sei, zu beheben. Die Freien Träger hätten glaubhaft gemacht, dass hier 23% anzusetzen seien; dieser Wert sei im Verhandlungswege auf 21% reduziert worden. Vorschlag der Verwaltung sei, mit Wirkung vom 01.09.2024 im Rahmen der Personalbedarfsberechnungen eine Vertretungsreserve iHv. 21% zu berücksichtigen. Allerdings sei nicht auszuschließen, dass noch Forderungen für den Zeitraum Januar bis August erhoben würden. Die tatsächliche Belastung der Haushalte könne daher derzeit noch nicht benannt werden.

Die Frage von Ratsherr Soldan, ob es sich hier um eine Pflichtaufgabe handele, wird von Frau Bauer mit dem Hinweis bejaht, dass es keine Vorgaben bezgl. der Vertretungsreserve gebe, die allerdings „ausreichend“ sein müsse.

Die Frage von Frau Bauer, ob man in Anbetracht der positiven Beschlussempfehlungen des Jugendhilfeausschusses und dieses Gremiums den freien Trägern ein positives Signal geben könne, wird von Herrn Forster verneint. Einer Entscheidung des Rates dürfe nicht vorgegriffen werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und Interne Services empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Änderungen im Leistungsverzeichnis zur Festlegung der Betriebskosten im Rahmen der Verträge mit den einzelnen Trägern zur Fehlbetragsfinanzierung von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft im Stadtgebiet der Hansestadt Lüneburg werden wie folgt beschlossen:

- a. Die redaktionellen Änderungen im Leistungsverzeichnis unter den Punkten 1.1, 2.7, 2.8, 3.2, 3.3, 3.4 und 3.8, die keine finanzielle Auswirkung auf den Haushalt der Hansestadt Lüneburg haben, werden rückwirkend ab dem 01.01.2023 vorgenommen.

b. Analog zur Regelung in den städtischen Kindertagesstätten wird die Vertretungsreserve im Rahmen der Personalbedarfsberechnung für die pädagogischen Mitarbeitenden in Kindertagesstätten der Freien Träger ab 01.09.2024 auf 21% angehoben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:8
Nein-Stimmen:0
Enthaltungen:0

zu 8 Antrag "Straßenausbaubeitragssatzung ersatzlos streichen" (Antrag der FDP-Fraktion vom 30.07.2024, eingegangen am 30.07.2024) Vorlage: VO/11396/24

Beratungsinhalt:

Ratsherr Soldan führt aus, es sei Verpflichtung eines Eigentümers, sein Eigentum zu erhalten. Straßen seien Eigentum der Stadt. Die Anlieger hätten mit ihren Erschließungsbeiträgen bereits für die Straßen bezahlt und sollten erwarten dürfen, dass die Grundsteuer in Teilen auch für deren Erhalt genutzt würde. Er stellt die Inhalte der Satzung und deren Umsetzung in Frage, die in den letzten Jahren kaum zur Anwendung gekommen sei. Außerdem würde sich der Verwaltungsaufwand für Prüfung, Abrechnung und Betreuung von Klageverfahren reduzieren, wenn die Satzung abgeschafft würde.

Vor dem Hintergrund der Haushaltsberatungen sollte über den Antrag jetzt entschieden werden. Stadtrat Rink bemerkt hierzu, dass der aktuelle Haushaltsplanentwurf entsprechende Maßnahmen bislang nicht vorsehe, die ggf. erforderlichen Gespräche mit der Kommunalaufsicht angesichts der Haushaltssituation aber sicherlich auch kompliziert würden.

Ratsfrau Dr. Dartenne und die Ratsherren Nehring und Herzog plädieren dafür, den Antrag zu einem späteren Zeitpunkt zu erörtern, auch, um von den Erfahrungen anderer Kommunen profitieren zu können.

Ausschussvorsitzender Schwake gibt bekannt, seine Fraktion habe sich mit dem Antrag auseinandergesetzt und würde ihn angesichts geringen Beitragsaufkommens und dennoch vorhandenem Prüfungsaufwand in der Verwaltung befürworten.

Ratsfrau Esders fragt nach dem derzeitigen und zukünftig zu erwartenden Einnahmehaufkommen aus der Straßenausbaubeitragssatzung. Herr Rink sagt zu, die entsprechenden Daten mit dem Protokoll zur Verfügung zu stellen.

Nachtrag:

***Seit dem Jahr 2003 wurden rd. 490.000 Euro Straßenausbaubeiträge erhoben.
In den letzten 5 Jahren wurden lediglich 2 Maßnahmen durchgeführt, für die Straßenausbaubeiträge fällig wurden:
- Große Bäckerstraße und
- Bardowicker Straße***

Umgelegt auf die letzten 5 Jahre ergibt sich somit durch diese Maßnahmen ein Durchschnitt von 63.750 Euro.

Für die nächsten 2 Jahre sind in der Finanzplanung keine beitragspflichtigen Straßenausbaumaßnahmen enthalten.

Bürgermeisterin Lotze ist der Auffassung, dass der vorliegende Antrag noch nicht entscheidungsreif sei.

Herr Soldan stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen und Interne Services stimmt dem Antrag auf namentliche Abstimmung mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:5
Nein-Stimmen:1
Enthaltungen:2

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und Interne Services empfiehlt Rat der Hansestadt Lüneburg in namentlicher Abstimmung mehrheitlich, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg lehnt den Antrag der FDP-Fraktion vom 30.07.2024 „Straßenausbaubeitragssatzung ersatzlos streichen“ ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:3
Nein-Stimmen:3
Enthaltungen:2

Namentlich:

Frau Dr. Dartenne – nein
Frau Esders – ja
Frau Grunau – nein
Herr Herzog – nein
Frau Lotze – enth.
Herr Nehring – enth
Herr Pinnekamp - ja
Herr Schwake - ja

zu 9 Anfragen im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Es liegen keine Anfragen vor.